

**Fortschreibung Jugendhilfeplanung HzE 2019 – 2023**

Öffentliche Auslegung des Entwurfes:

- Veröffentlichung auf www.erfurt.de vom 24.01. bis 08.02.2019
- Auslegung von Druckexemplaren zur Einsichtnahme im Jugendamt vom 24.01. bis 08.02.2019
- Info (E-Mail) über öffentliche Auslegung mit Web-Link an freie Träger
- Info (E-Mail) an Staatliches Schulamt Mittelthüringen, Amt für Soziales und Gesundheit und Amt für Bildung
- Info (E-Mail) an Mitglieder JHA
- Pressemitteilung der Stadtverwaltung am 24.01.2019
- Veröffentlichung der Pressemitteilung in Thüringer Allgemeine/Thüringische Landeszeitung am 26.01.2019

Übersicht der eingegangenen Stellungnahmen

Nr.	Eingang	Absender und Inhalt	Abwägung UA HzE am 26.02.2019
1	04.02.19	<u>ISA KOMPASS Thüringen gGmbH</u> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Bitte um redaktionelle Korrekturen in Bestandsdarstellung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Die vom Träger vorgeschlagenen redaktionellen Korrekturen werden eingearbeitet.</i></li> </ul>
2	07.02.19	<u>PERSPEKTIV e. V.</u> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Hinweise auf veränderte Daten für die Bestandsdarstellung (Kontaktdaten, Platzkapazität)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Die Hinweise des Trägers werden eingearbeitet.</i></li> </ul>
3	08.02.19	<u>AG Beratungsstellen</u> <ul style="list-style-type: none"> <li>• personelle Ausstattung                             <ul style="list-style-type: none"> <li>- personelle Aufstockung wird begrüßt</li> <li>- Beratungen im Rahmen eines "erweiterten Familienbegriffs" werden angeregt → Finanzierung ggf. über LSZ</li> </ul> </li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Bedarf für Beratungen im Rahmen eines „erweiterten Familienbegriffs“ (z.B. die Beratung von Großeltern, Beratung bei Mehrgenerationen-Konflikten und Paar- oder Lebensberatung unabhängig vom Vorhandensein minderjähriger Kinder) wird an Koordinierungsstelle LSZ weitergeleitet.</i></li> </ul>

Nr.	Eingang	Absender und Inhalt	Abwägung UA HzE am 26.02.2019
		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Qualitätssicherung                             <ul style="list-style-type: none"> <li>- Sicherung der Finanzierung für Supervision und Fortbildung notwendig</li> </ul> </li> <li>• Gesellschaftliche Pluralität als Herausforderung                             <ul style="list-style-type: none"> <li>- einzelfallunabhängige Finanzierung von Dolmetscherleistungen über die Sachkosten der Einrichtung notwendig (ggf. über internetbasierte Übersetzungsdienste)</li> </ul> </li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Finanzierungsbedarf für Fortbildung/Supervision wird zeitnah gemeinsam zwischen Jugendamt und Trägern erörtert. Ergebnisse werden bei künftiger Antragsprüfung berücksichtigt.</i></li> <li>• <i>Finanzierungsbedarf für Dolmetscherleistungen wird zeitnah gemeinsam zwischen Jugendamt und Trägern erörtert. Ergebnisse werden bei künftiger Antragsprüfung berücksichtigt. Einsatz technischer Lösungen wird geprüft.</i></li> </ul>
4	11.02.19	<p><u>AWO AJS gGmbH</u></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Kapitel B.2 Lebenslagen                             <ul style="list-style-type: none"> <li>- keine Schlussfolgerungen für HzE beschrieben → Empfehlung: sozialraumorientierte Konzepte für Erfurt Nord und Südost</li> </ul> </li> <li>• Mangel an qualitativen Einschätzungen zur Entwicklung der erzieherischen Hilfen und zu aktuellen Anforderungen</li> <li>• Beteiligungsprojekt                             <ul style="list-style-type: none"> <li>- Ergebnisse spiegeln sich nicht in Maßnahmeplanung wider</li> <li>- sollte kontinuierlich fortgeführt werden</li> </ul> </li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Thematisierung in AGs nach § 78 sinnvoll; Angebotsentwicklung durch Träger ist möglich, kein spezifischer Maßnahmepunkt erforderlich.</i></li> <li>• <i>Qualitative Einschätzungen erfordern spezifische Methoden (z. B. Interviews, qualitative Inhaltsanalysen von Hilfeplandokumenten) → ist im Rahmen der Fortschreibung des Jugendhilfeplanes nicht leistbar. Aktuelle Anforderungen spiegeln sich in Planungszielen wider und werden in überarbeiteten Qualitätsstandards zum Ausdruck kommen.</i></li> <li>• <i>siehe MNP XXI</i></li> <li>• <i>Beteiligungsprojekte mit Kinder und Jugendlichen aus erzieherischen Hilfen sind im Rahmen der Aktivitäten von "bämm" möglich. Der UA HzE spricht sich dafür aus, die personellen Ressourcen von "bämm" zu erweitern, um kontinuierlich Beteiligungsprojekte im Bereich der erzieherischen Hilfen zu unterstützen.</i></li> </ul>

Nr.	Eingang	Absender und Inhalt	Abwägung UA HzE am 26.02.2019
		<ul style="list-style-type: none"> <li>- Erweiterung des Personenkreises (Eltern, Pflegefamilien, Fachkräfte...)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Erweiterung des Personenkreises ist gemäß Beteiligungsatzung und Konzept im Rahmen der "Beteiligungsstruktur für junge Menschen" nicht vorgesehen. Beteiligung von Eltern, Fachkräften etc. kann in AGs nach § 78 thematisiert werden.</i></li> </ul>
		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Ambulante Hilfen               <ul style="list-style-type: none"> <li>- "Integrierte Familienhilfe" der AWO fehlt in Bestandsdarstellung</li> <li>- Ursachen für Fallanstieg ist nicht belegt</li> <li>- Auswirkungen Integrationshilfen auf Kapazitäten ambulante HzE?</li> <li>- keine Berücksichtigung in Maßnahmeplanung, dass sozialräumliche Hilfen erforderlich sind</li> </ul> </li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Bestandsdarstellung "Integrierte Familienhilfe" wird ergänzt.</i></li> <li>• <i>Ursachenanalyse für Fallzahlenanstieg ist im Rahmen der Fortschreibung nicht leistbar.</i></li> <li>• <i>Ambulante HzE können bedarfsgerecht realisiert werden.</i></li> <li>• <i>Kein spezifischer Maßnahmenpunkt erforderlich (Angebotsentwicklung durch Träger ist möglich).</i></li> </ul>
		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Teilstationäre Hilfen               <ul style="list-style-type: none"> <li>- Es fehlen qualitative Aussagen.</li> <li>- Hinweise des Trägers zu verschiedenen Entwicklungen und Bedarfen</li> <li>- Begrüßung der "angestrebten veränderten Finanzierungsform" für das Angebot "Kleeblatt"</li> </ul> </li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Siehe obige Anmerkungen zu qualitativen Aussagen.</i></li> <li>• <i>Hinweise führen nicht zu Neubewertung der Bedarfseinschätzung.</i></li> <li>• <i>Anmerkung zu "Kleeblatt": MNP XIV sieht eine <u>Prüfung</u> der Finanzierungsform vor.</i></li> </ul>
		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Stationäre Hilfen               <ul style="list-style-type: none"> <li>- Frage, warum nicht verstärkt stat. Eingliederungshilfen für jüngere Kinder in Erfurt erbracht werden können</li> <li>- Wunsch nach transparenten Verfahren zur Interessenbekundung für angestrebte neue Angebote</li> </ul> </li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Auswahl der Einrichtung erfolgt stets nach individuellem Bedarf unter Berücksichtigung des Wunsch- und Wahlrechts.</i></li> <li>• <i>Interessenbekundungsverfahren wurden in Vergangenheit durchgeführt (z. B. UMA-Einrichtungen, stationäre Angebote für Kinder unter 6 Jahren). Träger können auch ohne IBK neue stationäre Angebote entwickeln und haben gemäß §§ 78a ff. Anspruch auf Abschluss einer Vereinbarung.</i></li> </ul>

Nr.	Eingang	Absender und Inhalt	Abwägung UA HzE am 26.02.2019
		<ul style="list-style-type: none"> <li>- Hinweise des Trägers zu Betreuungsanforderungen, allgemeinen und besonderen Minderzeiten und zur Wohnungssituation in Erfurt</li> <li>- Bitte um Ergänzung in Bestandsdarstellung "Haus Schillerstraße"</li> </ul> <hr style="border-top: 1px dashed black;"/> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Maßnahmeplanung</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Bereitstellung finanzielle Mittel für Fortbildung/Supervision im ASD sollte auch für freie Träger gelten.</li> <li>- Es fehlt Bezug auf prekäre Fachkräftesituation. Vorschlag: gemeinsame Fortbildungen ASD/freie Träger.</li> </ul> </li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Hinweise führen nicht zu Neubewertung der Bedarfseinschätzung. Minderzeiten sind Bestandteil der Leistungsbeschreibungen, die wiederum Grundlage der Leistungsvereinbarungen gem. §§ 78a ff. bilden.</i></li> <li>• <i>Die vom Träger vorgeschlagenen Ergänzungen in der Bestandsdarstellung werden eingearbeitet.</i></li> </ul> <hr style="border-top: 1px dashed black;"/> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Mittel für Fortbildung und Supervision sind Bestandteile des Leistungsentgeltes und werden zwischen öffentlichem und freiem Träger vereinbart.</i></li> <li>• <i>Für die Durchführung gemeinsamer Fort- und Weiterbildungen ist kein Maßnahmepunkt erforderlich. Beispielhaft wird auf die Fachtage zum Kinderschutz verwiesen, die in den vergangenen Jahren mehrfach vom Jugendamt veranstaltet wurden (auch zukünftig).</i></li> </ul>